

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos, Annette Karl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Harald Güller, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Kampf der Beschäftigten von Nokia Siemens Networks unterstützen – für den Standort München eintreten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit allen gebotenen Mitteln den Kampf der Beschäftigten der Fa. Nokia Siemens Networks (NSN) in München um Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu unterstützen und insbesondere in konkrete Gespräche mit der Konzernleitung der Siemens AG mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des NSN-Standorts München einzutreten.

Die Staatsregierung soll dazu insbesondere:

- bei der Konzernleitung der Siemens AG darauf drängen, dass die berechnete Erwartung der NSN-Beschäftigten in München auf direkte Gespräche mit der Leitung der Siemens AG unverzüglich erfüllt werden,
- der Siemens AG ihre Verantwortung als zu 50 Prozent an der NSN-Beteiligte verdeutlichen,
- bei der Siemens AG darauf hinwirken, dass die Vorschläge des Betriebsrates der NSN für einen Zukunftssicherungstarifvertrag aufgegriffen werden.

Begründung:

Die Fa. Nokia Siemens Networks plant am Standort München den Abbau von über 3.600 qualifizierten Arbeitsplätzen. 2.000 Beschäftigte sollen ihre Arbeit ganz verlieren. Für weitere über 1.600 Beschäftigte soll ein Umzug an die Standorte Ulm, Bonn, Berlin oder Düsseldorf erfolgen.

Mit der kompletten Schließung des Standortes München droht nicht nur eine Umgehung des Kündigungsschutzes. Es stellt sich auch die Frage, inwieweit beim Betriebsübergang anlässlich der Ausgründung aus der Siemens AG im Jahr 2006 die Beschäftigten zutreffend über die für ihre weitere Tätigkeit in der NSN begründeten Risiken aufgeklärt wurden. Mit der Schließung des Standortes München und der damit verbundenen Schwächung der NSN insgesamt droht darüber hinaus die Aufgabe von wesentlicher Industriekompetenz, nicht nur für Bayern im Bereich der Telekommunikation. Die Beschäftigten der NSN fordern nicht nur angesichts der Entstehungsgeschichte ihres Unternehmens zu Recht ein, dass die Konzernleitung der Siemens AG in direkten Kontakt mit den Beschäftigten tritt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NSN beanspruchen darüber hinaus über den Betriebsrat und die IG Metall den Abschluss eines Zukunftssicherungstarifvertrages. Schließlich zeigen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Belegschaft im direkten Gespräch enttäuscht auch darüber, dass seitens der Staatsregierung ein ernsthafter Einsatz zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze bislang nicht zu erfolgen scheint.

Der Landtag fordert deshalb die Staatsregierung dringlich zum Handeln auf.